

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 70 (1978)
Heft: 2

Artikel: Zur gewerkschaftlichen und politischen Lage in Lateinamerika
Autor: Pino, Juan José del
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354891>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur gewerkschaftlichen und politischen Lage in Lateinamerika

Juan José del Pino

Von der gewerkschaftlichen und politischen Lage in Lateinamerika zu sprechen, heisst eigentlich, eine fortlaufende Reihe von Ereignissen zu überschauen, in der sich Schwierigkeiten, Erfolge, Fortschritte und Rückschläge ablösen.

Für uns Gewerkschafter beinhaltet eine solche Untersuchung eine ganz bestimmte Fragestellung: Ausgangs- und Mittelpunkt ist für uns der Arbeitnehmer. Wenn wir die politische Lage in den einzelnen Ländern betrachten und die Bedingungen erörtern, unter denen sich die Gewerkschaftsorganisationen in und auf Grund dieser Lage bewegen, dann kommen wirtschaftliche, bildungs- und sozialpolitische Elemente mit ins Spiel. Wenn wir sagen, dass Lateinamerika seine schwersten Stunden erlebt, angesichts des Auftretens despotischer Regierungen, gekennzeichnet durch Missachtung der Menschenwürde in den meisten Ländern, so denken wir dabei vor allem an das Fehlen wirtschaftlicher Gerechtigkeit, den Verfall des Niveaus im Bildungs- und Gesundheitswesens und ganz allgemein an die Verschlechterung des Wohls der Völker.

Nur von vier oder fünf der 21 Länder, aus denen die lateinamerikanische Region besteht, kann man sagen, dass sie eine verfassungsmässige Regierung haben, die dem Gesetz und dem Volkswillen entspricht. In den übrigen Ländern herrscht der Wille der Stärkeren. Die Gewerkschaftsorganisation war das erste Opfer dieser Umstände. Die Gewaltherrschaften, fast immer militärischer Prägung, unterwarfen oder knebelten von Anfang an Organisationen wie Gewerkschaften, die das Volk vertreten. Das ist auch nur logisch, da die Existenz einer echten Gewerkschaftsorganisation mit einer Gewaltregierung nicht vereinbar ist.

Als die ORIT (Inter-amerikanische Regionalorganisation der IBFG) entstand, wimmelte es in Lateinamerika von Zivil- und Militärdiktaturen, zum Teil mit höchst unheilvollen Begleiterscheinungen. Der gemeinsame Nenner derartiger Diktaturen war damals die Machtergreifung oligarchischer Cliques, die im Bündnis mit einem militärischen Führer versuchten, sich die Ausbeutung der Reichtümer des Landes, einschliesslich der Arbeitskraftreserven der Nation, für alle Zeiten zu sichern.

Diktaturen neuen Stils

In den letzten Jahren erleben wir erneut das Entstehen und die Machtergreifung von Diktaturen. Aber inzwischen haben sich mit

der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung einige Aspekte der Situation, wenn auch nicht ihre spürbaren Auswirkungen, geändert. Jetzt gebärden sich viele dieser Gewaltregime als fortschrittlich, als Retter der sozialen Ordnung vor drohenden Krisen oder als Ordnungsfaktor in einer Situation der «nationalen Unordnung und des Chaos». Mit Ausnahme von zwei oder drei hinreichend bekannten Diktaturen versuchen die neuen Machthaber ihre Herrschaft dadurch zu rechtfertigen, dass sie verschiedene Reformen einführen, Modernisierungs- oder Umstellungsmassnahmen beschliessen und nicht nur die öffentliche Verwaltung, sondern den ganzen Ablauf des nationalen Lebens «rationell» neu organisieren wollen.

Aber in einem grundlegenden Aspekt wird das Groteske dieser Argumente deutlich: es fehlt die wesentliche Voraussetzung für den Fortschritt der Gesellschaft. Wie die Gewerkschaften und ORIT es bereits 1951 betont haben und heute noch bekräftigen, kann keine Gesellschaft den Fortschritt über die Negierung der individuellen und kollektiven Freiheit erreichen.

Diese Feststellung, der die Gewerkschaften konkrete Form gegeben haben, indem sie auf kontinentaler Ebene die ORIT und auf internationaler Ebene den IBFG bildeten, ist heute noch so wahr wie damals, denn sie ist ewig und allgemein gültig.

Noch vor dem Auftreten der internationalen Gewerkschaftsorganisationen entstanden die ersten Arbeitnehmergruppen aus dem Verlangen der Arbeiter, frei zu sein, um für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen kämpfen zu können. Obwohl sich in verschiedenen Etappen der Geschichte Organisationen der Arbeitnehmer bildeten, haben sich auf die Dauer nur diejenigen durchsetzen können, die dem frei geäusserten und gewährten Willen ihrer Mitglieder entsprachen.

Die Organisationen, die den IBFG und die ORIT gründeten, waren und sind von dieser Art, und gerade deshalb waren sie auch immer Angriffen aller Arten von Diktaturen ausgesetzt, welche Färbung oder Bezeichnung sie sich auch zu geben beliebten.

Die Kampfstrategie gegen diese Diktaturen muss allerdings je nach dem einzelnen Fall oder der besonderen Situation und den Sitten und Gebräuchen einer nationalen Realität unterschiedlich sein. Die ORIT, welche die Eigenart und die Lebensformen der Völker und ihrer Mitglieder beachtet, wird sich an diese Formen und Modalitäten halten und immer berücksichtigen, welche Strategie schliesslich für die Arbeitnehmer eines Landes und für ihre Organisationen am günstigsten sein wird.

Schutz der Gewerkschaftsrechte

Insbesondere, wenn es um die Verteidigung der Gewerkschaftsrechte geht, richten die ORIT und ihre nationalen Mitgliederorgani-

sationen ihren Kampf nach der allgemeinen Menschenrechtserklärung aus. In ihr sind die universellen Normen und Vorschriften für das menschliche Zusammenleben festgelegt, die nach dem furchtbaren Blutbad des Zweiten Weltkriegs in der ganzen Welt anerkannt wurden. Die organisierten Arbeitnehmer, deren Recht auf freie Vereinigung in dieser Erklärung verankert ist, haben also allen Grund dazu, sich gegen jede Macht aufzulehnen, die dieses Recht zu leugnen oder zu verletzen sucht.

In der Realität allerdings können diese Organisationen diktatorischen Zwangsmassnahmen nicht immer erfolgreich widerstehen, weil sie mit Waffengewalt durchgesetzt werden. Überdies aber zieht die Diktatur Nutzen aus der Existenz antigewerkschaftlicher Elemente oder Gruppen, die aus der Repression entstehen. Darunter sind Gruppen oder Kreise von Unternehmern, die ein Interesse daran haben, ihre Betriebskosten durch niedrige Löhne und geringere Zusatzleistungen bis zum völligen Abbau aller Sozialleistungen zu senken. Darunter sind aber auch Elemente und politische Gruppen oft extremistischer Art, welche die Machtsituationen oder die Situation der Illegalität bewusst fördern, weil sie sich von der Verschlechterung der Lebensbedingungen des Volkes für sich selbst Vorteile versprechen.

Der Missachtung der Bürgerrechte entspricht konsequenterweise ein Verfall der wirtschaftlichen, bildungsmässigen und sonstigen Bedingungen im Leben des Volkes. Der Verfall ist eben unter einer Diktatur allgemein. Auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene wie im Handel und allen anderen Formen internationaler Beziehungen begünstigt die Existenz von Gewaltregimen in Lateinamerika die transnationalen Gesellschaften, die immer stärker in diese Länder eindringen und an Macht gewinnen. Mit der steigenden Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung, die diese Situation hervorruft oder verschärft, erzielen solche Gesellschaften unverhältnismässig grosse und ungerechtfertigte Vorteile: was sie als letzte Rettung für die zerrütteten lateinamerikanischen Wirtschaftssysteme anbieten, wird von diesen Regimen mit Freuden akzeptiert. Bei diesem Geschäft werden augenscheinlich die Arbeitnehmer-Ansprüche geopfert.

Den Kampf um die Wiedererlangung der Freiheit und der Arbeitnehmerrechte haben ORIT und ihre Mitglieder Seite an Seite mit ihrer internationalen Mutterorganisation IBFG auf jeder Ebene zu jeder Zeit geführt. Am 8. Juli 1976, zu einer Zeit, als in Ländern wie Argentinien, Uruguay, Bolivien und Peru die grösste Unterdrückung herrschte, haben der IBFG und die ORIT eine gemeinsame Erklärung zur politischen und gewerkschaftlichen Lage in Lateinamerika veröffentlicht. Sie schliesst mit den Worten: «Die wiederholte Verletzung der Grundrechte und der Gewerkschaftsfreiheit macht die Entwicklung eines freien und echten Gewerkschaftswesens immer

unmöglich und gefährdet die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ernstlich.»

Zusammenfassend lässt sich zweifellos feststellen, dass jede Regierung, die sich in Lateinamerika mit Gewalt an die Macht gebracht hat, uns im Kampf um die Entwicklung unserer Gesellschaft ein weiteres Stück zurückwirft. Deshalb ist die Aufgabe, diese Regime zu bekämpfen, für die nationalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen grundlegend und vorrangig geworden, selbst wenn deswegen andere Bereiche wie Bildungswesen und Kollektivverhandlungen zeitweilig zurückgestellt werden müssen.

Die Zeit arbeitet für uns

Unglücklicherweise für die Diktatoren arbeitet die Zeit nicht für ihre ruchlosen Pläne. Die freie und demokratische Gewerkschaftsbewegung hat bewiesen, dass sie im Geist und im Herzen der Arbeiter fest verwurzelt ist; sie ist bis zu sozialen Schichten vorgedrungen, die noch gestern den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit wenig aufgeschlossen gegenüberstanden. Der ständige Kurs dieser Gewerkschaftsorganisationen, die Führung, die ihnen auf internationaler Ebene die ORIT, der IBFG und die Internationalen Berufssekretariate geben, und das Wirken der Arbeitnehmer an der Basis, die sich von ihren Unterdrückern befreien wollen – alles dies sind positive Zeichen. Sie kündigen die Zeit an, da die Gewerkschaften mit Hilfe des demokratischen Instrumentariums, das sie selbst mitgeschaffen haben, sich der konstruktiven Aufgabe widmen können, das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Niveau aller Arbeitnehmer im Interesse der gesamten Gesellschaft zu heben.